

Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0427/2012
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	20.09.2012	Beratung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	23.10.2012	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Schulentwicklungsplanung 2012 bis 2017

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport beschließt den am 25.01.2011 eingebrachten Entwurf des Schulentwicklungsplans mit folgenden Änderungen:

Teil B des Entwurfs (Seite 71 bis 148) wird wie folgt geändert:

- Nr. 2, „Schülerprognose“. Die Aufteilung der Gesamtschülerzahl auf einzelne Schulformen erfolgt neu unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Elternbefragung von Mai 2012.
-
- Nr. 3, „Raumbilanz“ und Nr. 4 „Ergebnisdarstellung für einzelne Schulen“ werden zunächst gestrichen
-
- Nr. 5, Lösungsansätze“ wird wie folgt neu gefasst:

Alternative 1 (Verwaltungsvorschlag)

Am Standort Ahornweg wird zum 01.08.2013 eine neue Gesamtschule errichtet. Die Marie-Curie-Realschule und die GHS Ahornweg nehmen ab dem 01.08.2013 keine neuen Eingangsklassen mehr auf und laufen am Standort aus.

Alternative 2

Am Standort Kaule 3 – 15 (Albertus-Magnus-Gymnasium) wird zum 01.08.2013 eine neue Gesamtschule errichtet. Die Otto-Hahn-Realschule nimmt ab dem 01.08.2013 keine neuen Eingangsklassen mehr auf und läuft aus. Das Albertus-Magnus-Gymnasium nimmt ab dem 01.08.2013 seine neuen Eingangsklassen am Standort Saaler Mühle auf. Die Zügigkeit von Otto-Hahn-Gymnasium und Albertus-Magnus-Gymnasium wird auf jeweils 3 Parallelklassen je Jahrgang beschränkt. Die Johannes-Gutenberg-Realschule bleibt als dreizügige Realschule erhalten

Alternative 3

Am Standort Saaler Mühle wird zum 01.08.2013 eine neue Gesamtschule errichtet. Marie-Curie-Realschule und GHS Ahornweg nehmen ab dem 01.08.2013 keine neuen Eingangsklassen mehr auf und laufen aus. Das Otto-Hahn-Gymnasium nimmt ab dem 01.08.2013 seine neuen Eingangsklassen am Standort Ahornweg auf. Die Otto-Hahn-Realschule bleibt als dreizügige Realschule erhalten.

Alternative 4

Die Schullandschaft wird bis zum 01.08.2017 nicht verändert. Die demographische Entwicklung ist genau zu beobachten. Die Verwaltung berichtet jeweils in der ersten Sitzung nach der Sommerpause über mögliche Veränderungen, insbesondere darüber ob sich die anhand der Einwohnermeldedaten prognostizierten Einbrüche der Schülerzahlen in einzelnen Wohnbereichen verfestigt haben oder durch Zuzüge kompensiert wurden. Aufgrund dieser Daten ist spätestens zum 01.08.2017 ein neuer Beschluss zu fassen, falls die Anmeldezahlen hin zu Gesamtschule und Gymnasien oder weg von Hauptschulen keine früheren Beschlüsse erfordern.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport beauftragt die Schulverwaltung den eingebrachten Entwurf mit Schulen, Schulaufsicht und Nachbargemeinden abzustimmen.

Sachdarstellung / Begründung:

Sachdarstellung

1. Einführung

Um in den nächsten Jahren ein bedarfsgerechtes Schulangebot in Bergisch Gladbach zu haben, soll der alte Schulentwicklungsplan, der bis Ende 2010 galt, ersetzt werden. Das Schulangebot ähnelt heute noch immer stark dem der frühen 80er Jahre. Lediglich die Johanniter-Hauptschule Herkenrath und die Hauptschule Ahornweg wurden am Standort Ahornweg zusammengelegt. Trotz dieser Zusammenlegung geraten die Hauptschulen im Kleefeld und insbesondere am Ahornweg mit ihren Anmeldezahlen unter Druck. Auch die MCR kann sich trotz vielfältiger Bemühungen nur zweizügig behaupten. Zudem gibt es eine unbefriedigte Nachfrage nach Gesamtschulplätzen wie die zahlreichen Ablehnungen an der IGP in den letzten Jahren belegen (seit 2005 liegt die Zahl der Ablehnungen zwischen 35 und 140). Für die Gründung einer 2. Gesamtschule reichten die Ablehnungen allerdings nicht aus. Parallel dazu konnte man auch sehen, dass die Gymnasien immer stärker nachgefragt werden.

Um den Bedarf nach einzelnen Schulformen (auch in Bezug auf die Verteilung im Stadtgebiet) besser beurteilen zu können, wurde die Verwaltung im März beauftragt, eine Elternbefragung durchzuführen. Die ersten Ergebnisse wurden am 19.06.2012 im ABKSS präsentiert.

Ziel der Elternbefragung war es insbesondere die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Ist das heutige Schulangebot von Schulformen des gegliederten Systems noch bedarfsgerecht oder kam es zu Verschiebungen bei der Nachfrage?
2. Gibt es einen Bedarf an zusätzlichen Schulen des längeren gemeinsamen Lernens in Form von Sekundarschulen oder Gesamtschulen?
3. Ist es mit den Elternwünschen vereinbar, Schulstandorte zu schließen oder zu verlegen?

2. Ergebnis der Elternbefragung und mögliche Konsequenzen

Zu 1.

Die Elternbefragung hat deutlich gemacht, dass die Schulform Hauptschule nicht mehr hinreichend nachgefragt wird. Deshalb sollte es auch langfristiges Ziel unserer Bemühungen sein, für all die Kinder, die in Zukunft von der sehr guten Arbeit unserer Hauptschulen profitieren könnten, ein anderes Angebot zu schaffen.

Bei den Realschulen übersteigt das vorhandene Platzangebot die Nachfrage deutlich. Deshalb sollten Realschulen, falls es zu neuen Errichtungen von Schulen des längeren gemeinsamen

Lernens kommt, Teil dieser neuen Schulen werden.

Die Nachfrage nach Plätzen an städtischen Gymnasien ist ungebrochen hoch und übersteigt die Nachfrage leicht, wenn man weiter von einer generellen Vierzügigkeit der Gymnasien ausgehen will. Dennoch sollte keine Erhöhung der Platzzahlen vorgesehen werden, um die Problematik der abgeschulten Kinder nicht weiter zu verschärfen. In den letzten Jahren wurden regelmäßig bis zu 40 Schülerinnen und Schüler von den Gymnasien auf andere Schulformen abgeschult. Wie bisher sollten im Einzelfall Ausnahmen von der generellen Zügigkeit zugelassen werden.

Zu 2.

2.1 Grundsätzliche Beurteilung des Bedarfs nach Schulen des längeren gemeinsamen Lernens

2.1.1 Sekundarschule

In dieser Frage ist das Ergebnis der Elternbefragung mehr als deutlich. Realschulen genießen bei den befragten Eltern eine deutlich höhere Wertschätzung als mögliche Sekundarschulen. Da nur Systeme mit Realschulen und nicht etwa Hauptschulen alleine zu Sekundarschulen umgewandelt werden können, darf man diese Option bei nur 89 positiven Meldungen eindeutig verwerfen.

2.1.2 Gesamtschule

Wie bereits gesagt, wurden in den letzten Jahren zahlreiche Schüler an der IGP abgelehnt, zuletzt 115. Mit dieser Zahl könnte eine 2. Gesamtschule errichtet werden, für die nach dem Schulkonsens nur noch 100 Anmeldungen nötig sind. Schaut man sich die Ablehnungen seit 2005 insgesamt an, so kann man aus den Ablehnungen keinen Bedarf für eine 2. Gesamtschule lesen. In den letzten 7 Jahren wurde die Zahl von 100 oder mehr Ablehnungen lediglich zweimal erreicht.

Jahr	Zahl der Ablehnungen an der IGP
2005	42
2006	35
2007	86
2008	140
2009	79
2010	81
2011	66
2012	115

Sieht man die Ergebnisse der Elternbefragung insgesamt an, so sprachen sich 24,1 % der Eltern für eine Gesamtschule aus. Das entspricht sehr genau dem Anteil an Schülerinnen und Schülern, der 2012 versucht hatte, sich an der IGP anzumelden (115 Ablehnungen und 172

Aufnahmen von 1.188 Kindern insgesamt entsprechen 24,16 %). Ob daraus ein konstanter Bedarf einer 2. Gesamtschule für die Zukunft abgeleitet werden kann, kann in Frage gestellt werden. Zudem wurde in der Elternbefragung nicht gefragt, welche Grundschulempfehlung die Kinder bekommen werden. Eine funktionierende Gesamtschule benötigt schon aus formalrechtlichen Gründen eine heterogene Zusammensetzung der Schülerschaft. Ersatzweise kann man sich die Ablehnungen an der IGP anschauen, um eine Idee zu bekommen, welche Schüler sich an der zweiten Gesamtschule anmelden würden. 2012 waren unter den 115 Ablehnungen lediglich 3 Schüler, die eine uneingeschränkte gymnasiale Empfehlung hatten. Wie unter diesen Voraussetzungen eine heterogene Schülerschaft für eine gut funktionierende Gesamtschule gefunden werden soll, kann man berechtigterweise fragen. Selbst wenn man eine heterogene Zusammensetzung der Schülerschaft unterstellt, bleibt fraglich, ob eine fünfzügige Gesamtschule genug Schülerinnen und Schüler für eine gymnasiale Oberstufe mit einem möglichst breit gefächerten Kursangebot generieren kann. Letztendlich muss diese Frage nach dem Urteil des Verwaltungsgerichtes Köln vom 26.02.2009 die mit dem Anmeldeverfahren beauftragte kommissarische Schulleitung der neu errichteten Gesamtschule entscheiden. Nach diesem Urteil kann die Schulleitung eine heterogene Leistungszusammensetzung und eine Prognose für das Zustandekommen einer gymnasialen Oberstufe auch dann annehmen, wenn kein ganzes Drittel der angemeldeten Schülerschaft eine Empfehlung für den erfolgreichen Besuch eines Gymnasiums mitbringt. Die Entscheidung ist in das Ermessen der Schulleitung gestellt.

Es gibt aber auch gute Gründe, warum eine 2. Gesamtschule eingerichtet werden sollte und warum diese auch gut funktionieren kann. Nimmt man den allgemeinen Wunsch nach einer 2. Gesamtschule nicht ernst und es bleibt alles, wie es ist, wird weder die Gesamtschulnachfrage befriedigt, noch die Situation an der IGP entschärft, wo seit Jahren die Bandbreiten ausgereizt und alle Eingangsklassen 30 Kinder aufnehmen müssen. Außerdem gibt es eine steigende Nachfrage nach Gymnasien, die von den städtischen Gymnasien heute schon kaum aufgefangen werden kann. Immer mehr Kinder sind an Gymnasien, die an einer Gesamtschule besser aufgehoben wären, es dort aber wohl nicht mal versuchen, da sie für viele Schülerinnen und Schüler zu weit entfernt und die Aufnahmekancen begrenzt sind. Wenn die Entwicklung wie in den letzten Jahren weitergeht und die Prognosen stimmen, werden die Hauptschulen Im Kleefeld und am Ahornweg, sowie die Marie-Curie-Realschule weiter unter Druck geraten und letztlich nicht alle über die nächsten 10 Jahre gehalten werden können. Was häufig vergessen wird und erstmal widersprüchlich klingt – im südlichen Stadtgebiet gäbe es für potentielle Hauptschüler weiterhin kein passendes Schulangebot.

Vergleicht man die Herkunft der Kinder, die sich 2012 an der IGP angemeldet hatten (inklusive der Ablehnungen) mit den Ergebnissen der Elternbefragung, so erhält man sehr unterschiedliche Ergebnisse. In den nachfolgenden Betrachtungen wurden die Begriffe „Norden, Mitte, Süden und Herkenrath“ aufgenommen, die in der schulpolitischen Diskussion des letzten Jahres entwickelt wurden. Der Norden umfasst die Wohnplätze Schildgen, Katterbach, Paffrath, Hand und Hebborn, die Mitte die Wohnplätze Zentrum, Gronau und Heidkamp, der Süden Bensberg, Refrath und Moitzfeld und Herkenrath schließlich die Kirchdörfer Sand und Herkenrath mit seinen Randgebieten.

	Norden	Mitte	Süden	Herkenrath
Ergebnis der Elternbefragung	42 %	28 %	26 %	24 %
Anmeldungen an der IGP	46 %	32 %	5 %	11 %

Die Tabelle zeigt einen deutlichen Unterschied zwischen den tatsächlichen Anmeldungen und dem Ergebnis der Elternbefragung. Die jeweiligen Prozentzahlen beziehen sich auf den Anteil der Gesamtschulanmeldungen bzw. der Gesamtschulwünsche im Verhältnis zu allen Anmeldungen eines Jahrgangs. Konkret bedeutet dies, dass immerhin 46 % aller Eltern aus den nördlichen Ortsteilen ihr Kind tatsächlich an der IGP angemeldet haben. Aus dem Süden haben es gerade einmal 5 % tatsächlich versucht, 26 % würden ihr Kind aber gerne an einer Gesamtschule anmelden, wenn es in ihrer Nähe eine solche gäbe.

Zusammengefasst sind die tatsächlichen Gesamtschulanmeldungen da wo es eine Gesamtschule gibt, höher als die in der Elternbefragung geäußerten Gesamtschulwünsche. Da, wo es zurzeit keine Gesamtschule gibt, ist das Verhältnis umgekehrt, was vermuten lässt, dass die tatsächlichen Gesamtschulanmeldungen auch im Süden höher wären, wenn es dort eine Gesamtschule gäbe. Die wohnortnahe Beschulung ihrer Kinder scheint für viele Eltern immer noch ein ganz wichtiges Kriterium bei der Schulwahl zu sein. Die Interpretation aller Zahlen spricht durchaus für die Errichtung einer 2. Gesamtschule. Sie zeigt aber auch deutlich die Risiken eines solchen Vorgehens.

3. Die Möglichkeiten, eine 2. Gesamtschule einzurichten

Um über die einzelnen Möglichkeiten nachdenken zu können, kommt zunächst nochmal eine Übersicht, an welchen Schulen momentan mit welchen Kapazitäten gerechnet wird.

Schule	Züge	Schüler
Integrierte Gesamtschule Paffrath	6	168
Nicolaus-Cusanus-Gymnasium	4	112
Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium	4	112
Albertus-Magnus-Gymnasium	4	112
Otto-Hahn-Gymnasium	4	112
Gymnasium Herkenrath	4	112
Otto-Hahn-Realschule	3	84
Johannes-Gutenberg-Realschule	3	84
Realschule Im Kleefeld	3	84
Realschule Herkenrath	3	84
Marie-Curie-Realschule	2	56
Hauptschule Ahornweg	3	72

Hauptschule Kleefeld	2	48
Gesamt		1240

Wie diese Kapazitäten auf das Stadtgebiet verteilt sind, sieht man in folgender Tabelle:

	Gesamt	Nord	Mitte	Süd	Herkenrath
Gymnasien	560	112	112	224	112
Realschulen	392	84	56	168	84
Hauptschulen	120	48	72	0	0
Gesamtschulen	168	168	0	0	0

Von diesen Kapazitäten wird in der Realität immer wieder abgewichen, so werden an den Gymnasien immer wieder mehr Züge benötigt, während die Haupt- und Realschulen meist nicht alle Züge voll bekommen.

Möglichkeiten im Norden und in Herkenrath

Bei den Überlegungen, welche Möglichkeiten es für eine 2. Gesamtschule gibt, wurden sämtliche Möglichkeiten angeschaut. Die Errichtung einer 2. Gesamtschule im Norden wurde direkt verworfen, da dort schon die IGP liegt und die Elternbefragung deutlich gezeigt hat, dass es über das gesamte Stadtgebiet verteilt den Wunsch nach einer Gesamtschule, und die 2. Gesamtschule daher für die Erreichbarkeit in der Mitte oder im Süden liegen sollte. Der Standort Herkenrath wurde ebenfalls sehr schnell ausgeschlossen. Herkenrath selbst hat schon heute nicht ausreichend Kinder um das Schulzentrum zu füllen und für Kinder aus dem Süden ist auch hier die Erreichbarkeit ein Problem, möchte man nicht einen teuren Schülerspezialverkehr einrichten. Auch die Nähe zur Gemeinde Kürten und das dortige Gesamtschulangebot sprechen gegen eine Gesamtschule Herkenrath. Realschule und Gymnasium Herkenrath sind erste Wahl für Kinder aus Kürten, deren Eltern das Kürtener Gesamtschulangebot nicht wahrnehmen möchten.

Möglichkeiten in der Stadtmitte

In der Stadtmitte gibt es als bestehende Schulen das DBG und das Schulzentrum Ahornweg. Da das DBG frisch saniert und von Kindern aus Bergisch Gladbach gut nachgefragt wird, war es keine Option für diesen Standort an eine 2. Gesamtschule zu denken. Im Vergleich zum Ahornweg ist das DBG aus dem Bereich Refrath auch deutlich schlechter zu erreichen.

Das Schulzentrum Ahornweg ist als Standort zunächst gut geeignet. Wie bereits in der Diskussion um die Schließung eines Schulstandortes gezeigt wurde, ist das Schulzentrum unter Druck und könnte aufgrund der abnehmenden Schüler in absehbarer Zeit mit den Schulen im Kleefeld an deren Standort zusammengelegt werden. Der größte Pluspunkt ist die zentrale Lage, so dass das Schulzentrum aus allen Gebieten gleich gut erreichbar ist – aus dem Bensberger Bereich über Heidkamp (Haltestellen „Heidkamp Kirche“ der Linien 227, 420, 421 und 423 aus dem Bereich Refrath, Frankenforst über Gronau (Haltestellen „Finanzamt“ oder „Fachhochschule“) und aus der Stadtmitte über alle diese Haltestellen. Das Schulzentrum Ahornweg wurde in den Jahren 2003 bis 2005 kernsaniert und ist daher in einem guten Zustand. Außerdem hat es große Sportanlagen und um die Erreichbarkeit noch zu verbessern könnte man auch einen Zugang zum Schulzentrum über die Senefelder Straße

ermöglichen. Außerdem ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass mit einer Gesamtschule am Ahornweg das Schulgebäude dauerhaft gehalten werden kann und die Sanierung mit den damit verbundenen Nießbrauchzahlungen nicht umsonst war.

Eine Gesamtschule am Ahornweg kann fünfzünftig geführt werden (das Gebäude wurde für 6 Züge der Sekundarstufe I konzipiert). Die Verteilung der Kapazitäten sähe folgendermaßen aus:

Schule	Züge	Schüler
IGP	6	168
NCG	4	112
DBG	4	112
AMG	4	112
OHG	4	112
GyH	4	112
OHR	3	84
JGR	3	84
RSK	3	84
RSH	3	84
MCR	0	0
GHA	0	0
GHK	2	48
Gesamtschule Ahornweg	5	140
Gesamt		1252

	Gesamt	Nord	Mitte	Süd	Herkenrath
Gymnasien	560	112	112	224	112
Realschulen	392	84	0	168	84
Hauptschulen	48	48	0	0	0
Gesamtschulen	308	168	140	0	0

Eine fünfzige Gesamtschule Ahornweg passt planerisch und rechnerisch gut in die Bergisch Gladbacher Schullandschaft. Ein Erfolg ist aber nicht selbstverständlich. Wir können davon ausgehen, dass Eltern aus den nördlichen Stadtteilen ihre Kinder weiterhin an der IGP anmelden wollen, wenn sie denn eine Gesamtschule bevorzugen sollten. Alle Buslinien aus diesen Stadtteilen führen über die Haltestelle „Paffrath Kirche“ direkt an der IGP vorbei. Der Weg zum Schulzentrum Ahornweg führt fast immer an der IGP vorbei. Das werden Eltern ihren Kindern alleine aus diesem Grund schon nicht zumuten wollen. Dem könnte man entgegen halten, dass 54 Kindern aus dem Norden die Aufnahme an die IGP verwehrt wurde. Die Ablehnungen an der IGP führten allerdings nicht zu Mehranmeldungen bei den Gymnasien. Sie wurden bis auf ganz wenige Ausnahmen bei Haupt- und Realschulen

angemeldet, tragen aus diesem Grunde nicht zu einer heterogenen Leistungszusammensetzung der Schülerschaft bei.

Schaut man sich die Schulanmeldungen an alle weiterführenden Schulen aus dem Bereich der Wohnplätze Zentrum, Heidkamp und Gronau an, so finden sich hier die häufigsten Anmeldungen an unsere Haupt- und Realschulen. Von den Grundschulen der Mitte wurden lediglich 36 Kinder am DBG und 14 am NCG angemeldet. Diese Zahl ist an sich schon erstaunlich niedrig und es stellt sich wirklich die Frage, wie viele dieser 50 Kinder an einer Gesamtschule Ahornweg angemeldet würden, um dieser zu einer heterogenen Schülerschaft zu verhelfen.

Sollte, trotz dieser Bedenken, eine Gesamtschule Ahornweg zustande kommen, bliebe das Problem der dann noch verbleibenden Hauptschule Im Kleefeld zu lösen, denn es wird mit sehr großer Sicherheit zu erwarten sein, dass diese Schule einen erheblichen Teil ihres eigentlichen Klientel an die neue Gesamtschule verlieren wird. Dies wird umso deutlicher der Fall sein, je größer diese Schule sein wird und je mehr hauptschulgeeignete Kinder sie im Rahmen der Auswahl für eine heterogene Leistungszusammensetzung aufnehmen kann. Vereinfacht ausgedrückt wird zunächst die IGP sich ihre Kinder aussuchen können, danach die Gesamtschule Ahornweg, während die Hauptschule Kleefeld zur Restschule verkommt. Für dieses Problem muss im Falle der Errichtung einer Gesamtschule Ahornweg eine Lösung gefunden werden.

Möglichkeiten im Süden

Im südlichen Stadtgebiet sind viele Varianten denkbar, wobei sämtliche Ideen einer großen Gesamtschule mit 7 Zügen zunächst abgelehnt werden. Es wäre theoretisch möglich, am Standort Saaler Mühle oder in der Kaule (Gebäude der JGR und des AMG zusammengenommen) eine Gesamtschule zu gründen – aber damit gäbe es in Bergisch Gladbach 364 Plätze für Gesamtschüler wobei sich selbst bei den „Drittklässlern“ der Elternbefragung umgerechnet nur 338 Eltern im kompletten Stadtgebiet für eine Gesamtschule ausgesprochen haben. Im Süden selbst wurde umgerechnet 103 mal der Wunsch nach einer Gesamtschule geäußert – eine siebezügige Gesamtschule würde 196 Plätze bieten. Welche Grundschulempfehlung hinter diesen Kindern steht, wenn sie auf die weiterführende Schulen wechseln, wissen wir nicht. Um den Platz für eine so große Gesamtschule schaffen zu können, müssten entweder ein Gymnasium und eine Realschule geschlossen werden oder die beiden Gymnasien im Süden werden an einem Standort zusammen gelegt mit jeweils 3 Zügen und es gibt keine Realschulen mehr. Beides ist im Moment nicht möglich. Zwar ist es ein Ergebnis der Elternbefragung, dass im Süden zu viele Realschulplätze angeboten werden, andererseits werden Johannes-Gutenberg-Realschule und Otto-Hahn-Realschule bei den tatsächlichen Anmeldungen hinreichend nachgefragt und es wird auch in Zukunft nach der Elternbefragung noch mindestens einen Zug Realschüler geben. Unterstellt man, dass sich die Entwicklung zu bestimmten Schulformen bis zur Anmeldung in der 4. Klasse noch verstärkt, so werden trotz einer Gesamtschule sicherlich mindestens 2 Züge einer Realschule weiterhin gefüllt sein. Daher sollte es auch in den nächsten Jahren noch mindestens eine Realschule im Süden von Bergisch Gladbach geben. Würde man dagegen ein Gymnasium und eine Realschule aufgeben, würden im Süden 4 gymnasiale Züge wegfallen, obwohl die beiden Gymnasien im Süden bereits jetzt voll sind und auch für sehr unterschiedliche Profile stehen. Zwar würden auch an der Gesamtschule

gymnasiale Plätze entstehen, aber diese wären erstens nicht ausreichend für 4 komplette Züge eines Gymnasiums und es ist fraglich, ob die fehlenden Plätze durch andere städtische Gymnasien aufgefangen werden können. Am Ehesten gäbe es am Gymnasium Herkenrath noch Platz, welches aber aus dem Süden nur schwer zu erreichen ist. Daher wurde die Möglichkeit einer großen Gesamtschule im Süden ebenfalls verworfen.

Möglich wäre jeweils eine bis zu fünfzügige Gesamtschule entweder am Schulstandort Kaule oder an der Saaler Mühle. In beiden Fällen wäre allerdings ein Gymnasium von Verlegung betroffen und es ist nicht damit zu rechnen, dass eine solche Verlegung einvernehmlich durchgeführt werden könnte. Leider gibt es keine Möglichkeit, eine (ausreichend große) Gesamtschule an einem der beiden Standorte zu errichten und gleichzeitig das jeweilige Gymnasium auch am Standort zu erhalten.

Unter dem Aspekt einer erfolgreichen Gesamtschulgründung sind beide im Süden möglichen Standorte dem Standort Ahornweg überlegen. Legt man wieder die tatsächlichen Anmeldungen zum 01.08.2012 und die Ergebnisse der Elternbefragung im 3. Jahrgang zugrunde, kann man bei 368 angemeldeten Schülerinnen und Schülern schon mit einem Gesamtschulanteil von 115 rechnen. Berücksichtigt man weiter, dass von den 368 tatsächlich 235 an Gymnasien angemeldet wurden, dann ist die Chance, eine heterogene Zusammensetzung der Schülerschaft zu erreichen ungleich höher als am Ahornweg bei einem sehr viel geringeren Anteil an gymnasial geeigneten Schülerinnen und Schülern aus der Mitte. Tabellarisch könnte die Schullandschaft dann so dargestellt werden:

Schule	Züge	Schüler
IGP	6	168
NCG	4	112
DBG	4	112
AMG	3	84
OHG	4	84
GyH	4	112
OHR	0	0
JGR	3	84
RSK	3	84
RSH	3	84
MCR	2	56
GHA	3	72
GHK	2	48
Gesamtschule Kaule	5	140
Gesamt		1240

	Gesamt	Nord	Mitte	Süd	Herkenrath
Gymnasien	560	112	112	168	112
Realschulen	308	84	56	84	84
Hauptschulen	120	48	72	0	0
Gesamtschulen	308	168	140	0	0

Eine „Gesamtschule Kaule“ lässt sich rechnerisch und planerisch gut in der Bergisch Gladbacher Schullandschaft darstellen. Sie begegnet allerdings 2 schwerwiegenden Bedenken. Um sie zu realisieren müssen die Gymnasien des Südens beschränkt, das AMG verlegt werden. 2 Gymnasien an einem Standort zu führen ist nicht optimal. Die theoretisch denkbare Alternative, dass Otto-Hahn-Gymnasium an den Ahornweg zu verlegen, würde zwar eine Gesamtschule Saaler Mühle möglich machen, in der Mitte und im Norden aber zu einer Ballung von Gymnasien führen, während der Süden gymnasial unterversorgt bliebe. Zum 01.08.2012 wurden am OHG immerhin 128 Kinder aus den Ortsteilen Bensberg und Refrath angemeldet. Keine andere weiterführende Schule ist so erfolgreich in ihrer Region verankert wie das OHG. Deshalb wird diese Option nicht weiter dargestellt.

Außerdem haben die Städte Rösrath und Overath angekündigt, gegen eine Gesamtschule im Ortsteil Bensberg bei der Schulaufsicht Bedenken anzumelden. Beide Städte befürchten Nachteile für ihre Sekundarschulprojekte, teilweise auch für den festen Bestand ihrer Gymnasien.

Auswirkungen auf die Schulstandorte

Die mögliche Errichtung einer Gesamtschule hätte keine direkten Auswirkungen auf die Frage, ob in Zukunft noch alle Schulstandorte gehalten werden können. Eine Gesamtschule Ahornweg würde diesen Standort aber mit sehr großer Wahrscheinlichkeit stärken und es müsste dann genau beobachtet werden, zu wessen Lasten diese Stärkung einhergehen würde.

Eine Gesamtschule im Süden würde dagegen den Abwärtstrend des Schulzentrums Ahornweg eher verstärken und wahrscheinlich auch die Hauptschulproblematik verschärfen.

Anders als ursprünglich vorgeschlagen, sollte ein neuer Schulentwicklungsplan statt für 10 nur für die Dauer von 5 Jahren beschlossen werden, weil 2017 der vorhergesagte demographische Wandel in den weiterführenden Schulen angekommen sein wird. Es wird sich dann zum einen zeigen, ob die Prognosen zutreffen und zum anderen welche Schulen oder Schulformen davon in erster Linie betroffen sein werden. Bis dahin sollten die Diskussionen um Standorte beendet werden.

Weiteres Vorgehen

Unmittelbar nach der Beratung im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 20.09.2012 wird der eingebrachte Entwurf mit den Nachbargemeinden, den Schulen und der Schulaufsicht abgestimmt. Mögliche Einwendungen werden dann in der Ratssitzung am

23.10.2012 mit einer Stellungnahme der Verwaltung mitgeteilt.